

BERICHTE UND HINWEISE

DIE LOGIK DER ALTERNATIVE

Philosophische Gedanken zum Dilemma der Hochschulreform, besonders über die Notwendigkeit und Unfruchtbarkeit studentischer Proteste

Von Dietmar Kamper (Marburg)

I.

Vorbemerkung:

Der Untertitel des Themas bekundet eine doppelte Absicht. Einerseits soll dargelegt werden, daß die studentischen Protestaktionen der vergangenen Monate ihre Notwendigkeit haben. Andererseits geht es um die Behauptung, daß sie aufgrund bestimmter Umstände ihres Vorgehens unfruchtbar bleiben müssen. Eine solche Absicht scheint einen Widerspruch zu enthalten. Wer ernsthaft für eine Berechtigung jener durch Berliner Studenten erstmals in Deutschland entfachten Protestbewegung eintritt, kann nicht deren Erfolglosigkeit behaupten, und wer umgekehrt davon überzeugt ist, daß ein dermaßen vehementer Protest letztlich nicht zum Zuge kommen kann, sollte nicht seine weittragende Bedeutung beweisen wollen. Diese scheinbare Inkonsequenz des Untertitels findet ihre Auflösung durch das thematisierte „Dilemma der Hochschulreform“. Mit dem Wort „Dilemma“ soll nämlich hier eine spezifische Schwierigkeit der zur Debatte stehenden Hochschulreform umschrieben sein, die *ohne eine radikale Wandlung aller Beteiligten* weder theoretisch noch praktisch lösbar ist. Die Schwierigkeit besteht darin, daß eine zulängliche Reform die Veränderung, die sie erreichen will, zumindest in den Reformern selbst, immer schon voraussetzen muß. Alle Versuche, dieses Dilemma zu umgehen oder zu negieren, können nur scheitern. Die Folge davon ist eine permanente Verschlimmerung der Verhältnisse durch unzulängliche, wenn auch gutgemeinte Reformmaßnahmen. Wird auf das Dilemma keine Rücksicht genommen, dann bleiben die Mittel und Wege der Reform ihrem Zweck dermaßen unangemessen, daß sie gegenläufige Wirkungen haben müssen. Es soll gezeigt werden, daß der studentische Widerstand zwar an der Unangemessenheit der Mittel ansetzt, aber im Vollzug seiner Absicht genau den Fehlern erliegt, gegen die er sich formierte. Die behauptete Unfruchtbarkeit des studentischen Widerstandes ist deshalb nicht durch äußere Gewalt, auch nicht durch Radikalität, sondern dadurch bedingt, daß die Proteste in der entscheidenden Richtung *nicht radikal genug* sind. Als Grund für diese fehlende Radikalität wird bei den Beteiligten eine geistige Verfassung angenommen, deren einzige Bewegungsweise eine „Logik der Alternative“ zu sein scheint.

Damit der Gang der Darlegung eine konsequente Reihenfolge einhalten kann, sind die Ge-

danken in acht theseartigen Bemerkungen formuliert und zu einer Kurzfassung des Themas zusammengestellt. Die Bemerkungen, die aufeinander abgestimmt sind, werden jeweils einzeln unterbaut und entwickelt. Soweit es nötig ist, sind Belegstellen aus der betreffenden Literatur herangezogen. In einer Nachbemerkung sollen schließlich Bedenken aufgegriffen werden, die sich aus der im Thema anklingenden Fatalität der Ereignisse ergeben könnten.

II.

Die Thesen:

1. Der Protest der Studenten richtet sich zunächst gegen manipulierende Übergriffe seitens der Hochschulverwaltungen und gegen eine ungenügende oder bloß formale Veränderung der Verhältnisse im Zuge der sogenannten Hochschulreform, die sich nach studentischer Auffassung in der Praxis als ein Instrument der Herrschaft über Abhängige herausgestellt habe.
2. Insofern man die Ursache für die ungerechtfertigte Manipulierung von Menschen in einer weitverbreiteten Gewohnheit der Wohlstandsgesellschaft vermutet, greift der Protest zwangsläufig auf gesellschaftliche und staatliche Mißstände über und attackiert die fehlgeleitete unkritische Mentalität der Staatsbürger hauptsächlich mit Beispielen aus der „Dritten Welt“.
3. Nur kritisches Bewußtsein und politisches Engagement könnten vermeiden, daß die sozialen Mißstände und politischen Übergriffe kaschiert werden und die Herrschenden sich auf Kosten der Abhängigen vollends etablieren, weshalb die demokratische Mitbestimmung der Studenten bis zur Wahrnehmung eines politischen Mandates ausgebaut werden müsse.
4. Die radikalen Studenten halten allerdings die gegenwärtige Situation in Hochschule und Gesellschaft für so verfahren, daß ihrer Meinung nach die herkömmlichen, systemimmanenten Methoden des Widerstandes nicht mehr ausreichen, sondern nur neuartige und überraschende Formen des Protestes, z. B. die gezielte Provokation, Aussicht auf Erfolg haben.
5. Im Vollzug der Kritik und der Provokationen, die darauf berechnet sind, die Provozierten als unkritisch und unsachlich zu entlarven, kommt der Widerstand jedoch in die Gefahr, sich in seinen Begleitumständen zu neutralisieren und statt der erstrebten inhaltlichen Neuordnung wiederum bloß formale Veränderungen in Hochschule und Gesellschaft zu erzielen.
6. Wenn aber der Protest unversehens das intensiviert, was ihn auslöste, liegt der Verdacht nahe, daß die protestierenden Studenten ihr Ziel aus denselben Gründen verfehlen wie die Sachwalter

der bisherigen Hochschulreform und daß bestimmte Formen des kritischen Engagements den Keim ihrer Unwirksamkeit ebenso in sich tragen wie die formalen Maßnahmen der Administration.

7. Folgerichtig wäre zu prüfen, ob nicht der Protest in die falsche Richtung zielt und die geläufigen Symptome der Hochschulmisere durch genau die Instanz verursacht werden, die dem Anschein nach an deren Überwindung arbeitet: durch jene Logik der Alternative, welche den menschlichen Geist entweder zu einer unkritisch-autoritären oder zu einer kritisch-antiautoritären Mentalität verkürzt.
8. Jedenfalls müßten Autorität und Kritik, weil sie als reduzierte Mentalitäten ein fruchtbares Verhältnis von Theorie und Praxis verhindern, ihre geistige Unzulänglichkeit zuerst an ihren absurden Konsequenzen erfahren, ehe die Mißstände in Gesellschaft und Hochschule tatsächlich verändert und die modernen Lebensbedingungen auf humane Weise geordnet werden können.

III.

Die Erörterung der Thesen
und ihre Rückführung in den Grund

1. Es ist ein Signum unserer wortreichen Zeit, daß sich die seltenen Aktionen eine Flut von Kommentaren und Diskussionen gefallen lassen müssen, welche über kurz oder lang die eindeutige Willensrichtung der Aktivität verwischt. So ist es auch der Bewegung der Berliner Studenten ergangen, die vor Jahren in einzelnen unkonventionellen Protestaktionen begann und an Ostern 1968 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Diese Bewegung wurde zunächst als solche bezweifelt und einer radikalen Minderheit zugeschrieben. Als dann die Zahl der in Bewegung gebrachten Studenten stieg, kam es zu einem von staatlicher Seite unterstützten Versuch, die Unruhe einfach zu verbieten, was, wie bekannt, einen gegenteiligen Erfolg hatte. Darauf sollten Gespräche mit Studentenfürhern die verhärteten Fronten aufbrechen – ein gutgemeintes Vorhaben, das jedoch nicht, wie beabsichtigt, gelang. Heute ist der Graben zwischen den Vertretern der Autorität und deren Kritikern so tief, daß eine Überbrückung immer nur dem Anschein nach gelingt. Die Stellungnahmen schwanken dementsprechend zwischen rückhaltloser Zustimmung zur studentischen Bewegung und dem Zweifel, ob es je eine ernsthafte Absicht des Protestes gegeben hat.

Was die Zustimmung angeht, so sollte bedacht werden, daß jeder Widerstand gegen Bestehendes die Tendenz hat, sich selbst schließlich als Zweck zu setzen. Der Protest um des Protestierens willen ist eine Gefahr, die durch die Geschichte der Revolutionen hundertfach bezeugt wird und der auch die Studenten nicht entgangen sind. Der zweiten Auffassung wäre entgegenzuhalten, daß es durchaus möglich ist, Absicht und Willensrichtung be-

sonders der radikalen Studenten zu formulieren. Das haben sie selbst, jedenfalls in der Hinsicht, in der sie ablehnen, immer wieder unternommen, und es besteht kein Anlaß, ihre klar vorgebrachten Gründe für einen Vorwand zu nehmen.

So nennt etwa Wolfgang Lafèvre, eh. Konvents-vorsitzender der Freien Universität Berlin, folgenden Ausgangspunkt des Protestes: „Es kommt darauf an zu begreifen, daß das bürokratische Interesse an reibungsloser Entscheidungsfähigkeit der Selbstverwaltungsorgane einer Universität, wie überhaupt der Entscheidungsgremien in unserer Gesellschaft, kein neutrales Interesse ist, sondern das Interesse, realer Machtausübung der herrschenden Personengruppen oder herrschenden Schicht den Charakter sachnotwendiger Neutralität zu verleihen. Selbst die Zwangsexmatrikulation schien lediglich einige bürokratisch juristische Probleme aufzuwerfen, die jedoch das Entscheidende an der Zwangsexmatrikulation bereits als überhaupt nicht mehr zu thematisieren voraussetzen, nämlich, daß in solchen Verwaltungsakten die konkreten, lebendigen Menschen, selbstverständlich als unterwerfbare, passive, beliebig formbare, eben verwaltbare Elemente gesetzt sind... Die Studenten jedoch, die zu Objekten dieser Verwaltung bestimmt sind, können deswegen nur das Interesse haben, die scheinbar herrschaftsfreie Sprache der Bürokraten zurückzuübersetzen in jene Dimension, in der die Manipulation von Menschen den manipulierten Menschen erkennbar wird, d.h. aus bürokratisch-juristischen Problemen politische Konflikte zu machen, in denen die verwalteten Menschen zu Subjekten werden können“.

Daß die Verwaltung das Zu-Verwaltende jederzeit reduziert hat, reduzieren muß, um überhaupt funktionieren zu können, ist gegen das Vorgebrachte kein Einwand. Lafèvre legt die Betonung auf die fraglose Selbstverständlichkeit, mit der die auf Verwaltungsmaßnahmen bauende Hochschulreform jede menschliche Rücksicht zugunsten des funktionierenden Systems beiseite schiebt. Die Studenten wollen nicht länger Objekte der Administration sein, sondern als Subjekte der Reform geachtet werden.

Knut Nevermann, ehemaliger ASTA-Vorsitzender der Freien Universität Berlin, formuliert das so: „Unsere Proteste richten sich gegen jene, die Abhängigkeiten und Unmündigkeiten verlängern, die ihre Mittel der Macht und des Einflusses nur dazu gebrauchen, die Emanzipation zu verhindern. Wir, die Studenten, haben die fast zufällige Chance, durch unser Bewußtsein, das wir in weniger Abhängigkeit, in größerer Nähe zur Rationalität und in weniger manipulierter Informiertheit bilden können, einen kritischen Beitrag zur Kontrolle unseres Staates zu leisten.“ Nevermann unterscheidet aufgrund der Berliner Erfahrungen drei Phasen der Anti-Minderheiten-Politik in Hochschule und Gesellschaft: 1. die politische Bevormundung, 2. die Reglementierung, 3. die Eliminierung. Dem Mechanismus dieser Phasen der Machtausübung gelte es

zeitig durch jeweils verschärften Protest entgegenzutreten.

Wie weit die „Herrschaft der Unmündigkeit“, der „totgeschlagenen Materie“ über den „lebendigen Menschen“ schon fortgeschritten ist, will Rudi Dutschke erläutern, wenn er schreibt: „Der ernsthafte Teil der Studentenschaft, das kritisch-antiautoritäre Lager betrachtet die Studentenzeit nicht als Rezeption eines Haufens bedeutungslosen Wissens, nicht als Durchgang zum sozialen Aufstieg in einer repressiven Gesellschaft, nicht als lustigen Zeitvertreib oder pseudo-revolutionäres Happening, sondern als . . . die Möglichkeit, sich durch intensive Anstrengung von den verinnerlichten fremden Herrschaftsinteressen zu befreien, die spezifisch menschliche Verständestätigkeit in sprengende Vernunft gegen die bestehende Gesellschaft zu transformieren. – Die Niederlage dieser Studenten wäre der Sieg der autoritären Leistungsuniversität.“ Diese ist, nach Dutschkes Ansicht, nur noch ein Instrument jener Gesellschaft, die immer mehr „sozialisierte Funktionäre“, „untertänige Amtsträger“ und „Spezialisten ohne Herz und Verstand“ (Max Weber) benötigt und verbraucht.

2. Die Erkenntnis, daß die Hochschule aufgrund der kaum widersprochenen Tendenz zur administrativen Bevormundung ihrer Studenten ein Instrument der Gesellschaft geworden ist, führt dazu, das Interesse auf die bestehende Gesellschaftsordnung zu lenken. Dutschke formuliert das Übergreifen des Protestes präzise: „Da die Universität mehr denn je gesellschaftlich vermittelt ist und jegliche Form von Autonomie durch die Anforderungen der Gesellschaft an die Universität ad absurdum geführt wird, können wir Hochschulpolitik aufgeben. Wir machen nur noch Gesellschaftspolitik⁴.“

Das Argument, daß damit die Hochschulreform zu einem Mittel degradiert sei und eine Verschlechterung der Verhältnisse an der Universität zugunsten des obersten Zieles bedenkenlos in Kauf genommen werde⁵, ist vor dem Hintergrund der faktisch vollzogenen Selbstaufgabe der Hochschule nicht stichhaltig. Nicht der Protest der Studenten, sondern die Tatsache, daß anstelle einer allzeit bedrohten Autonomie von Forschung und Lehre die Bedarfsdeckung einer durch Wirtschaft und Technik bestimmten Gesellschaft getreten ist, hat die Hochschule und mit ihr jede von ihr selbst betriebene Reform zu einem Mittel gemacht. Die totale Funktionalisierung aller vormaligen eigenständigen Lebensbereiche ist längst in die Universität eingedrungen und kann als ein zentrales Motiv der bisherigen Hochschulreform angesehen werden. Nicht zuletzt deswegen haben Studium und Lehre Formen eines Betriebes angenommen, dessen Zweck außerhalb der Hochschule liegt. Weil also die Unverbindlichkeit des Wissenschaftsbetriebes seine Entsprechung im Betrieb der Gesellschaft hat, mußte die Protestwelle über das anfängliche Ziel hinausgehen. Hochschulreform ohne Gesellschaftsreform, d. h. eine Veränderung der Verhältnisse im Stu-

dium ohne eine Veränderung derjenigen, die die Reform betreiben, scheint den einsichtigen Studenten nicht mehr möglich zu sein. Damit aber wird die Revolte der Studenten im Verständnis der Betroffenen zur potentiellen Revolution. Denn die Gewohnheit der Degradierung und Ausbeutung von Menschen scheint dermaßen eingefahren zu sein, daß vermutlich nur noch ein Umsturz für Änderung sorgen kann.

In dieser äußersten Zuspitzung des Konfliktes sollte man einen Augenblick innehalten und sich vergegenwärtigen, in welcher Situation sich die Studenten mit ihrer Forderung nach Mündigkeit und Selbstbestimmung befinden. Sie sind tatsächlich konfrontiert mit einer Welt der Unfreiheit, in der nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Völker um unangemessener Zwecke willen unterjocht bzw. geopfert werden. Am schlimmsten erscheint ihnen die Unausweichlichkeit der ins System gebrachten Unterdrückung. Es gibt in Ost und West nirgends eine Ausnahme und kein Reservat der Freiheit, das zum Vorbild dienen könnte. Ruhe kann in einem solchen System nur durch die Toleranz all jener Mechanismen der Verwertung entstehen, die der Etablierung der Machthaber dienen, und Ordnung ist nichts als das ungehinderte Funktionieren aller Funktionäre im Dienste des zum Wohlergehen pervertierten Gemeinwohls. Deshalb kann Ruhe und Ordnung nach studentischer Meinung keine Pflicht mehr sein.

Die Studenten, von den meisten ihrer Lehrer im Stich gelassen, suchen Zuflucht bei kulturkritisch eingestellten Denkern. Namen wie Adorno, Habermas und Marcuse werden genannt, bleiben jedoch letzten Endes ohne Verbindlichkeit. Für die praktische Situation scheinen sie nichts Zutreffendes leisten zu können. Adorno wird in Berlin öffentlich abgelehnt, Habermas muß sich in Hannover den Vorwurf des „begriffslosen Objektivismus“ gefallen lassen, und Marcuse, der bekanntlich die Hoffnung hat, daß die Intelligenz jenes revolutionäre Potential übernehmen wird, welches durch das Versiegen der sozialistischen Bewegung z. Z. brachliegt, scheute davor zurück, definitive Maximen des Handelns aufzustellen. Naheliegender für die Studenten ist ihre Solidarität mit den großen Befreiungsbewegungen der „dritten Welt“. China, Kuba, Vietnam und Südamerika werden als Beispiele studiert und in Demonstrationen der Mehrheit vorgeführt.

Doch im Hintergrund all dieser Versuche, aus den etablierten Gewohnheiten auszubrechen, erhebt sich drohend die Gefahr, daß das Einschwenken auf irgendeine schon bestehende Konvention und Terminologie die Unwirksamkeit des Protestes besiegelt. Diese Gefahr wird gesehen, am deutlichsten in dem durch das Establishment immer neu angebotenen Arrangement. Mit den Worten Nevermanns gesprochen: „Es sollte die Frage gestellt werden, ob nicht die Strategie vom politischen Protest zu wenig durchdacht und geklärt worden ist. Mir scheint, daß diesen Protesten noch

zu sehr Methoden aus anderen Handlungsbereichen zugrunde lagen, in denen Protest als subjektiv-moralischer Widerspruch gemeint ist... Deshalb bestand und besteht die Gefahr einer studentischen Subkultur, die in ihren subjektivistischen Formen exotisch wirkt und daher lediglich zur Isolierung beiträgt...“

3. Die Identifikation der Hochschulmisere mit fundamentalen Fehlentwicklungen in der Gesellschaft macht es nötig, für beide eine einzige Ursache zu suchen. Diese wird mit einiger Folgerichtigkeit in der Mentalität derjenigen vermutet, welche die Unmündigkeit bei sich selbst und anderen tolerieren. Deshalb sehen die Studenten, aufgrund ihrer während des Studiums praktizierten Einübung in die Kritik, die ihnen zukommende Aufgabe darin, die Mentalität der Unkritischen aufzuklären und zu kritischer Rationalität zu bringen. Denn die bestimmenden Faktoren für die gegenwärtigen Unhaltbarkeiten in Gesellschaft und Hochschule, so folgern die Studenten weiter, können nur in mangelnder Wachsamkeit und in gelähmter Initiative liegen. Bedenkt man die Bedingungen für diese auffallende Beschränktheit der Kritik und der Aktivität, so stößt man zwangsläufig auf eine Problematik, die von den Protesten im Kern berührt, wenn auch keineswegs gelöst wird. Es handelt sich um den Zusammenhang von a-politischer Wissenschaft und a-theoretischer Politik. Daß Wissenschaft etwas mit Engagement zu tun habe und Politik etwas mit Vernunft, ist eines jener menschlichen Postulate, das durch die herrschenden Verhältnisse radikal widerlegt wird. Auf der Seite der Politik ist das Versagen des Geistes schon längst keine Frage mehr. Auf der anderen Seite tut die dominierende Wissenschaftstheorie selbst alles nötige, um das wissenschaftliche Wissen von jeder Wertung zu reinigen und aus jeder Verantwortung durch den Wissenden zu befreien. Das hat zur Konsequenz, daß an die Stelle eines sachentsprechenden Engagements ein gewolltes bzw. ein willkürliches tritt. Der studentische Wunsch nach Engagement schlechthin ist zu verstehen als Gegensatz gegen die Unverbindlichkeit der wissenschaftlichen Wahrheit. Denn ein Mensch, der leben will, ist so beschaffen, daß er lieber einer Illusion dient, als sich im leeren Raum der bloßen Richtigkeit aufzuhalten. Ein Grund für das, was man das politische Engagement der Studenten nennt, ist der wissenschaftliche Leerlauf der Hochschule. Die scheinbare Befreiung des Wissenden aus der ganzen Verbindlichkeit des Gewußten hat zu einer Präformierung der Geister für Schlagworte und Ideologien geführt. Die von Professoren-Seite gerügte Emotionalisierung der studentischen Mentalität ist die Kehrseite der abstrakten Rationalität des Studiums. Eine Wissenschaft, die Emotion und Begriff, Engagement und Kritik zu verbinden vermöchte, gibt es gegenwärtig nicht. Deshalb und nur deshalb versuchen sich die Studenten in der Politik, ohne allerdings der darin liegenden Überforderung gewachsen zu sein.

Wer also den Studenten das politische Mandat aberkennt, sollte das nicht unter Hinweis auf die zu leistende Wissenschaft tun. Die Hochschule konnte ihre Distanz zu Staat und Gesellschaft nur solange aufrecht halten, als sie eine Wissenschaftspraxis vertrat, in der die Leidenschaft des Wissenswollens und nicht der Bedarf der Gesellschaft maßgebend war. Ohne diesen Rückhalt wird die Behauptung, die Hochschule würde ihrem politischen Auftrag nur dadurch gerecht, daß sie lehrt und forscht und sich von jeder Politik fernhält, zur Farce⁶. Denn sie ist bereits, auch ohne es zu wissen, in Politik hineinverwickelt.

Andererseits aber sollte dem Verhängnis der Emotionalisierung dadurch begegnet werden, daß man die Überschätzung dessen korrigiert, was man Politik zu nennen gewohnt ist. In den letzten Jahren hat sich das politische Geschäft dermaßen zur Begleiterscheinung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mechanik reduziert, daß mit einem staatlich genehmigten politischen Mandat der Studentenschaft nichts mehr gewonnen wäre. Demonstrationen und Verlautbarungen, Stellungnahmen und Presseerklärungen zu politischen Vorgängen sind im strengen Sinn des Wortes nur Randphänomene, die ohne den Bezug zu einer realen politischen Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsmöglichkeit überhaupt bedeutungslos wären. Da diese Chancen schon in der „großen Politik“ kaum mehr vorkommen, werden sie sich in einer bloßen Nachahmung derselben gewiß nicht einstellen.

Der Leerlauf des Wissenschaftsbetriebes hätte hier bloß seine Entsprechung gefunden. Im Blick auf eine solche „abstrakte“ Politik wird das thematische Dilemma deutlich, demzufolge dieselben Studenten, die sich gegen das Establishment wenden, eine der äußerlichsten Formen dieses Establishments als Ziel anzustreben genötigt sind.

Wissenschaft ohne Leidenschaft und Politik ohne Vernunft sind beide, entgegen ihrem Selbstverständnis, Resultate einer Entwirklichung, die verheerende Konsequenzen haben – eine Tatsache, die durch die große Zahl dieser Wissenschaftler und jener Politiker nicht widerlegt wird.

4. Die gemeinsame Basis der studentischen Proteste ist keineswegs, wie von den Studenten selbst oft vorschnell angenommen wird, ein politisches, sondern ein menschliches Engagement, das zunächst nur die spontane Antwort darstellt auf die Betroffenheit durch Unrecht und Sinnleere der Umwelt. Wie schwierig es ist, diese menschliche Solidarität aus gemeinsamer Bedrängnis in eine sinnvolle politische Aktivität zu verwandeln, darüber geben die enormen Divergenzen Aufschluß, die innerhalb der studentischen Bewegung zwischen den Gemäßigten und den Radikalen bestehen.

Die gemäßigte Ansicht hat zwar den Vorteil, noch in einem diskutablen Bereich zu bleiben, ist aber zweifellos in der Gefahr, die Gegnerschaft zu den als unhaltbar erkannten Verhältnissen zu schwächen und schließlich wieder nur auf einen unhaltbaren Kompromiß hinauszulaufen. Von der

Sache her gesehen, ist die radikale Einstellung angemessener. Denn sie hält sowohl die Einsicht in die Verhältnisse ungetrübt als auch die zentrale Absicht des Protestes präsent. Radikalität, recht verstanden, heißt im Zusammenhang von Hochschulreform und Gesellschaftsveränderung, daß die hochschul- und staatstragenden Institutionen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu jenem brüchigen System gesellschaftlicher Arrangements, das verändert werden soll, nicht in der Lage sind, in der Tat zu reformieren. Radikal ist die Überzeugung einiger Studenten, daß es keine systemimmanenten Lösungen der hochschul- und gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten mehr gibt. Zur Verdeutlichung dieser Überzeugung ein Zitat von Dutschke: „Wir hatten in monatelanger Diskussion theoretisch herausgearbeitet, daß die bürgerliche Demokratie, in der wir leben, sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie den Vietnam-Protesten den (Demonstrations) Weg zur Verfügung stellt und dadurch (eine) Kanalisierung des Protestes durchführt. Aus dieser theoretischen Einschätzung der Integrationsmechanismen der bestehenden Gesellschaft ist es für uns klar geworden, daß die etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie nicht unsere Spielregeln sind, daß Ausgangspunkt der Politisierung der Studentenschaft die bewußte Durchbrechung dieser etablierten Spielregeln durch uns sein mußte⁹.“ Am 5. Mai 1967, auf der Vollversammlung aller Fakultäten der FU Berlin, hat ein Sprecher, namens Peter Schneider, den springenden Punkt noch deutlicher gemacht. Der Schluß der Ansprache: „Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst ... die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß (ein) Betretungsverbot des Rasens, (ein) Änderungsverbot der Marschrichtung, (ein) Veranstaltungsverbot der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstandspsychose, über die vergreiste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt. Da haben wir gemerkt, daß wir gegen den Magnifizenzwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, gegen die Verketzerung jeder Emotion, aus der die Herrschenden das Recht ableiten, über die Folterungen in Vietnam mit der gleichen Ruhe wie über das Wetter reden zu dürfen, gegen demokratisches Verhalten, das dazu dient, die Demokratie nicht aufkommen zu lassen,

gegen verlogene Rationalität und wohlweisliche Gefühlsarmut – daß wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun¹⁰.“

Diese Argumente für das Aufhören des Argumentierens sollte man nicht leicht nehmen. Die Erfahrung, daß in Diskussionen niemand mehr überzeugt wird und niemand mehr seine Meinung ändert, ist zu üblich und zu schwerwiegend, um einfach abgetan zu werden. Ob allerdings die vorgeschlagene Konsequenz der gezielten Provokation tatsächlich ein Ausweg ist, muß ebenso ernsthaft bezweifelt werden. Zwar ist die Absicht des Provokierens, mithilfe der berechenbaren Reaktion der Provokierten, deren wahres Gesicht zu entlarven und dadurch Aufmerksamkeit und Anteilnahme positiver oder negativer Art zu erzielen, mehr als einmal gelungen. Seitdem solche Methoden angewandt werden, hat das Interesse am Wollen der Studenten schlagartig zugenommen. Aber die Sensation muß nicht als Erfolg gewertet werden. Je sensationeller ein Ereignis verläuft, desto unfruchtbarer geht es meist für die Beteiligten aus. Außerdem kann sich dadurch genau jene Anonymität innerhalb des Protestes ausbreiten, die es auf der anderen Seite, nämlich innerhalb des angegriffenen Systems gestattete, Studenten als unangenehme Minderheit zu behandeln. Habermas hat in Hannover, in einer Kontroverse mit Dutschke, diese Art von Provokation, die die Gewalt „nach einem kalkulierten Mechanismus, der in diese Gewalt eingebaut ist“, ohne Rücksicht auf die Beteiligten herausfordert, „ein Spiel mit dem Terror“ genannt¹¹.

5. Der Erfolg eines Protestes ist nicht an der Mobilisierung zu messen, die er auslöst. Dadurch, daß die Etablierten aufmerksam werden oder gar Angst bekommen, ist vorderhand noch gar nichts erreicht. Im Gegenteil, genau dort, wo das Aufsehen beginnt, endet die Chance der eigentlichen Absicht, sich ohne Selbstverlust ins Werk zu setzen. Das momentane Establishment hat in den Publikationsmitteln eine Möglichkeit, diesen Selbstverlust zu beschleunigen. In dem Maße, in dem z. B. Rudi Dutschke populär wurde, hat sich die Differenziertheit seiner Argumente verloren. Die Übersetzung des menschlichen Engagements der Studenten in politische Aktivität scheint zu mißlingen, weil der Protest in eine übliche Richtung geht und mit Mitteln konkretisiert wird, die samt und sonders der Welt entstammen, die den Protest herausforderte. In der Praxis des Protestierens werden dieselben Vorläufigkeiten zum Zweck des Unternehmens verfälscht wie in der Praxis der bisherigen Hochschulreform. Die staatlichen Reformer geben sich zufrieden mit Beratungen, Empfehlungen und Diskussionen. Wenn eine Reformidee Anwendung findet, ist sie zur administrativen Maßnahme geworden. Die studentischen Proteste dagegen verlaufen in Demonstrationen, Sit-ins und Happenings. Auf

beiden Seiten neutralisiert sich eine anfangs ernstgemeinte Bewegung in ihren Begleitumständen.

Denn es ist nichts damit getan, daß Reformpläne entworfen, Reformtagungen durchgeführt und die Verfahren der Hochschulbürokratie differenzierter werden. Es ist nichts damit getan, daß Studenten sich in Vorlesungskritiken und im Unterbrechen von akademischen Feierlichkeiten üben, wie ebenfalls nichts damit getan ist, daß in der großen Politik anstelle eines schlecht funktionierenden Systems ein weniger schlecht funktionierendes gesetzt wird. Wenn Veränderung nur darin bestehen soll, daß das Bestehende abgeschafft wird, beruht sie auf einer subtilen Illusion, denn politische Schwierigkeiten sind keine Eigenschaften eines bestimmten sondern unumgängliche Ergebnisse eines jeden Systems. Sofern der studentische Protest dieser Illusion erliegt, ist er nur eine jener hundert Tendenzen, die jederzeit eine Zukunft dermaßen bestimmen, daß sie Stückwerk bleiben muß, wie die jahrzehntelangen Reformmaßnahmen von voreiligen Planern unsere Gegenwart so bestimmt haben, daß aus ihr nichts ganzes werden konnte. Dann wären Protest und Reform der beste Beitrag zu genau der Misere, die sie verändern wollen, und die angeblichen Reformer und Revolutionäre im Grunde die schlimmsten Gegner jener Veränderung, die unserer Gegenwart bitter nottäte.

Ein Grund für diese absurd anmutende Neutralisierung der Absichten ist gewiß der Umstand, daß Protest und Administration sich allzuleicht auf Kosten derjenigen am Leben halten, auf die sie sich beziehen. Das wäre die übliche Richtung des Übergriiffs oder Angriffs, in der der Gegner automatisch zum Schuldigen hochgespielt wird. Ein anderer Grund, gegenbildlich zum ersten, ist die fehlende Selbstkritik. In dieser umgekehrten Richtung sind die Studenten tatsächlich nicht radikal genug. Denn bloße Kritik der anderen hat in den verfahrenen Verhältnissen der heutigen Zeit für den Krisisierenden nur gegenteilige Folgen. Die Art, in der die Kritik vorgebracht wird, nimmt Formen der Irrationalität und der blinden Aktivität an. Der Gebrauch der Kritik wird unkritisch. Das, was man am meisten verabscheut, das rigorose Vorurteil gegen Andersdenkende, taucht unversehens und weit hin ungesehen in den Methoden wieder auf, mit denen man seinen Abscheu zum Ausdruck bringt. Von daher wird es verständlich, daß die Protestbewegung der Studenten in ihren sensationellen Wucherungen durch genau die Defekte gekennzeichnet ist, gegen die sie sich richtet. Die autoritären Unduldsamkeit der Machthaber hat ihren Reflex in der antiautoritären Unduldsamkeit der Abhängigen, und der Meinungsterror einer niveaulosen Presse, der an den Studenten sich austobte, spiegelt sich in dem Meinungsterror, mit dem die Studenten sich austoben. Damit ist eine inhaltliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse unmöglich geworden. Die fehlende Radikalität in der Selbstkritik läßt nur noch formale, d. h. illusionäre Veränderungen zu.

6. Erst eine an Selbstkritik gebundene kritische Einstellung wäre in der Lage, ein sachbezogenes eindeutiges Konzept für eine inhaltliche Hochschulreform zu entwickeln. Wenn, wie üblich, der Gegner in der anderen Partei gesehen und damit die naheliegende Alternative der wechselseitigen Beschuldigung gewählt wird, ergeben sich Forderungen, deren eklatante Selbstwidersprüche zu denken geben. Einige Beispiele aus der Praxis der letzten Jahre: Man beklagt die rationalistische Kälte eines bloß noch funktionierenden Wissenschaftsbetriebes, obwohl man seit langem die Durchrationalisierung aller, auch der letzten menschlichen Verhältnisse an der Hochschule fordert. Das Studium wird einmal für zu theoretisch, dann wieder für nicht theoretisch genug gehalten. Man verlangt von der Hochschule, daß sie nur ausbildet und keinen Bildungsauftrag ausübt, findet aber nichts dabei, die nur auszubildenden Professoren als Fachidioten zu bezeichnen. Man wirft dem Wissenschaftsrat vor, mit dem Establishment zu paktieren, das Gesellschaftsfunktionäre verlangt, hat aber immer wieder betont, daß die Wissenschaftspolitik nicht zeitgemäß und einer modernen Gesellschaft unangemessen sei. Obwohl man das System der „herrschenden Unordnung“ grundsätzlich ablehnt, möchte man von ihm über Studienhonorare profitieren. Einerseits wird die Gefahr darin gesehen, daß der Staat zu viel Macht hat, und man demonstriert gegen Notstandsgesetze, andererseits erhofft man sich eine Lösung der Probleme durch die Auflösung des noch bestehenden Liberalismus der Regierung zugunsten einer total durchgeplanten Demokratie. Man stellt in einem Atemzug die pluralistische Gesellschaft als kaum kaschierte Diktatur der Lobby hin und setzt sich das Ziel, den Pluralismus noch weiter zu treiben, damit endlich die eigene Minderheit als Lobby ein Wort mitzureden hat. Solche Beispiele vermögen die Verfallenheit an das, was man ablehnt, zu demonstrieren. Denn es ist keinesfalls so, wie man annehmen könnte, daß hier verschiedene Meinungen gegeneinander gestellt sind. Vielmehr handelt es sich um die ungewollt paradoxe Artikulation einer einzigen Mentalität, die in beiden Lagern von der Mehrzahl bevorzugt wird. Es ist das unausgesprochene Verhängnis dieser Mentalität, daß sie gerade deshalb in ein Dilemma hineinführt, weil sie kein Dilemma anerkennt, und für permanente Widersprüche sorgt, weil sie keinen Widerspruch in ihrer eigenen Beziehung zur Realität wahrhaben will.

Was ein Vertreter des SDS seinen Diskussionsgegnern vorhielt: „Ich glaube, die Situation ist für Sie so, daß Sie nur noch etwas falsch machen können . . . Sie können nur Entscheidungen fällen, die die Konflikte verschärfen werden¹²“, das gilt auch für diejenigen, die, mit unreflektierten Mitteln, solchen Entscheidungen entgegenarbeiten. Wo beide Lager in einer Alternative festgefahren sind, verlieren sie den eigentlichen Gegner ihrer Pläne und Unternehmen aus den Augen. Dadurch hat dieser die Möglichkeit, sich hinterrücks in die Formen sei-

ner Bekämpfung einzuschleichen. Ein unterschätzter ungeschener Gegner macht sich den, der ihn unzulänglich bekämpft, zum Werkzeug. Schließlich sind genau die Maßnahmen, welche vermeintlich einer Besserung der Verhältnisse dienen, die besten Helfershelfer einer Verschlimmerung. Für die Problematik der Hochschulreform wirkt sich das folgendermaßen aus: Statt der eigentlichen Gründe für die Hochschulmisere werden von beiden Seiten bloß opportune Projektionen bekämpft. Die Vertreter der Tradition machen die Autoritätsallergie, das Nicht-gehören-Können, die niveaulose Randalerei der Studenten verantwortlich. Die Vertreter der Revolution ziehen gegen Restauration, Obrigkeit, Hierarchie, Machtbefugnisse und Talare der Ordinarien zu Felde. Beide Parteien sehen zu kurz und nehmen nicht wahr, daß in solcher Kurzsichtigkeit der Gegner steckt, der die Wirksamkeit aller Bemühungen vereitelt. Aus der unkritischen Ohnmacht des Hinnehmens droht die kritische Ohnmacht des Ablehnens zu werden. Es scheint, daß die Chance der Unruhe verspielt wird, weil die Beteiligten unfähig sind, die Kritik gegen sich selbst zu wenden, um die Verblendung der Alternativen in eine reale Einsicht zu verwandeln.

7. Es ist dementsprechend die wichtigste Frage, ob durch Maßnahmen aufgrund einer parteiischen Mentalität überhaupt irgendetwas Wesentliches für die Zukunft der Hochschule erreicht werden kann. Es ist die Frage, ob nicht die Struktur dieses Bewußtseins selbst dafür verantwortlich ist, daß es in der Realität nicht mehr fruchtbar wird. Habermas scheint sich der Frage zu stellen, wenn er schreibt: „Zunächst ist heute jeder, der mit einem gewissen theoretischen Anspruch, Politik erörtern und dann auch mit praktischen Folgen betreiben möchte, mit einem Mißverhältnis zwischen der Kritik und den Chancen einer praktischen Umsetzung dieser Kritik konfrontiert ... die Durststrecke zwischen Theorie und Praxis ist in der heutigen Lage ungewöhnlich lang. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Je komplexer und umfassender das System wird ..., um so mehr entzieht es sich unmittelbarem Einwirken und um so schwächer werden die Aussichten für das, was in manchen Traditionen direkte Aktion hieß. Die Komplexität der Glieder, die heute zwischen Theorie und Praxis vermittelt, ist nur zu oft entmutigend.“ Daraus folgert Habermas zwei grundsätzliche Schwierigkeiten für die Aktionen der Studenten „... auf der einen Seite entstehen Spannungen zwischen ihren Energie und Geduld erfordernden politischen Interessen und dem Interesse an der schnellen und zuverlässigen Vorbereitung auf einen spezialisierten Beruf. Auf der anderen Seite entstehen Konflikte zwischen dem Bedürfnis nach einer theoretischen Anleitung zum Handeln und nach einem positivistischen Wissenschaftsbetrieb, der Handlungsorientierungen nicht mehr hergeben kann.“ Diese Schwierigkeiten drängen zur Lösung. Habermas jedoch weiß, daß die üblichen Reaktionsbildungen „nicht etwa Lösungen des Konfliktes darstellen, sondern

den ungelösten und verdrängten Konflikt bloß spiegeln¹³“. Weder „Indifferentismus“ noch „Aktionismus“ können die Schwierigkeit im Verhältnis von Theorie und Praxis überwinden.

Aber Habermas bricht die Frage im entscheidenden Augenblick ab. Er läßt die Hinsicht aus, in der irgendwelche Ursachen für die Komplizierung der menschlichen Verhältnisse und für die üblichen Reaktionsbildungen bei Schwierigkeiten liegen könnten. Deshalb wirkt seine Behauptung, daß „jene Konflikte auch rational verarbeitet werden können“, aufgesetzt und inkonsequent.

Schuld daran ist derselbe blinde Fleck im Auge des Betrachters, der es auch verhindert, daß die gängigen, oft zitierten Ursachen für die Hochschulmisere als Symptome und die kritischen Proteste der Studenten als unkritisch geprägt durchschaut werden können. Die zeitgenössische Mentalität tendiert nämlich zu einer Verkümmern, welche für die zahlreichen Konsequenzen dieser Verkümmern blind macht. Die Verkümmern besteht darin, daß die Alternative nicht nur für das zutreffendste, sondern auch für das einzige Mittel einer Wirklichkeitsbewältigung gehalten wird. Deutlichste Ausprägung findet diese Vorliebe in der ungerechtfertigten Überschätzung der sogenannten Datenverarbeitungsmaschinen, die bekanntlich die Alternative von Ja oder Nein zum Prinzip haben. Alle Versuche, die Ausschließlichkeit einer solch widerspruchsfreien Logik zu widerlegen, waren bisher erfolglos. Immer aufs Neue hat sie sich, nicht zuletzt durch eine weithin unbeabsichtigte Unterstützung seitens der Hochschulen, gegen ein geistiges Leben durchgesetzt. Jetzt, wo sie sich in ihren schlimmsten Verheerungen gerade an den Hochschulen zu offenbaren beginnt, wäre es an der Zeit, gegen die Logik der Alternative zu protestieren.

Sie ist es, die Studenten zu Objekten der Reform und Professoren zu Projektionen des Protestes macht. Sie läßt Gespräche zu Diskussionen verarmen und Ideen zu Plänen verkommen. Sie sorgt für Mißtrauen zwischen Partnern und verlangt Beweise vor jedem Denken. Sie sucht die Verwirrung, die sie stiftet, denen anzulasten, die sich ihr nicht beugen, und nennt sie Romantiker, Reaktionenäre oder Irrationalisten. Sie spaltet die Wissenschaft in eine leere Exaktheit und eine trübe Begeisterung. Dabei übergeht sie ihre Bedingtheit und verschweigt die Tatsache, daß sie selbst bloß ein Mittel des Geistes ist. Denn sie behauptet rational zu sein, indem sie den Geist zum Instrument der Weltbewältigung reduziert. Statt der Vieldeutigkeit der Erkenntnis ihr Recht zu lassen, will sie alle Fähigkeiten zu einer einzigen weltumspannenden Technologie simplifizieren. Statt selbst als Mittel zu dienen, vermittelt sie alles und verwertet es in einem unumkehrbaren Prozeß sinnentleerender Manipulation. Jeder Schwierigkeit weicht sie prinzipiell aus, weil sie nur eine einzige Maxime kennt: je einfacher, desto besser. Das hat zur Folge, daß in ihrem Umkreis nur Schwierigkeiten auftauchen.

Sie leugnet fundamentale Sachverhalte der Wirklichkeit aus dem einfachen Grunde, weil sie paradox sind, und schafft selbst Paradoxien in Permanenz, ohne eine einzige davon zu bemerken. Sie ist der Gegner, um den es sich handelt.

8. Der Protest gegen die Logik der Alternative kann keine bloße Verneinung sein, weil die Verneinung zur Alternative gehört. Also muß man eine dritte Möglichkeit suchen, auch in der Hochschulreform: Das von Habermas genannte Mißverhältnis von Theorie und Praxis äußert sich konkret so, daß das Problem einer Realisierung von Ideen übergangen wird. Weil dieses Problem sowohl von der bloßen Vielfalt der Neuerungsvorschläge, die sich aus der durchgehenden Theoretisierung der modernen Welt zwangsläufig ergeben, als auch von einem gesellschaftskritischen Aufweis der augenfälligen Defekte ausgelassen wird, vergrößert sich die Unangemessenheit von Theorie und Praxis von Jahr zu Jahr. Weder kann die Theorie derzeit praktikable Lösungen zur Reform vorschlagen, noch wird die Praxis der Hochschule realistisch gesehen. Es ist unrealistisch, die großen Studentenzahlen für die Mißstände an den Hochschulen verantwortlich zu machen, wie es unpraktikabel ist, durch den Ausbau und die Neugründung von Universitäten jenen Zahlen beizukommen. Es ist unrealistisch, in der traditionellen Verfassung der Hochschule als einer hierarchisch gegliederten Körperschaft die Ursache für die Hochschulmisere zu sehen, wie es unpraktisch ist, diese Verfassung durch eine modernere, demokratische Verfassung einfach zu ersetzen. Die Veränderung der äußeren Umstände und der äußeren Formen kann solange zur Hochschulreform nichts beitragen, wie der Geist, in dem die Veränderung geschieht, außer acht bleibt oder gering geschätzt wird. Solange die Wissenschaft a-politisch und die Politik unvernünftig bleibt und solange ein vages Konglomerat von beiden als Lösung des Problems ausgegeben wird, müssen immer wieder Symptome mit Ursachen vertauscht werden. Statt das Selbstmißverständnis der Wissenschaft als einer prestigegewährenden Technologie für das Steigen der Studentenzahlen verantwortlich zu machen, wird die Ursache für die Entleerung der Wissenschaft in der Tatsache der Massenuniversität gesehen. Und statt das Versagen der Hochschulpolitik auf den Verlust jeglicher Verbindlichkeit und Maßgeblichkeit der wissenschaftlichen Wahrheit zurückzuführen, wird es einer Ordinariehierarchie angelastet, die aufgrund ihrer Überschaubarkeit das schwierige Verhältnis von Verpflichtung und Verantwortungsbereitschaft noch am ehesten hat leisten können. Denn durch Demokratisierung wird auch im Bereich der Hochschule nichts einfacher. Vielmehr nehmen gerade die Aufgaben zu, die nur durch Einzelne wahrgenommen werden können, weil sie unmittelbar auf engagierte Einsicht und einsichtiges Engagement bezogen sind.

Die wichtigste dieser Aufgaben ist die Realisierung von Ideen. Wenn man bedenkt, daß die momentane Wirklichkeit der Hochschule das Resultat

einer Fülle von nicht zur Praxis gediehenen Theorien darstellt, und wenn man weiterhin bedenkt, daß die Ursache dafür fast mit Sicherheit in der Alternative von gelähmter Einsicht und blindem Engagement beruht, zu der besonders demokratische Verfahren leicht führen können, dann ergibt sich für die Zukunft der Hochschule nur noch ein schmaler Weg, der einerseits auf dem Boden faktischer Verhältnisse verläuft, andererseits die Notwendigkeit einer Veränderung dieser Verhältnisse zum Ziel hat. Noch ist ein solcher Weg kaum vorgezeichnet; er kann nur soweit beschränkt werden, als die Anstrengungen, ihn zu gehen, der Logik der Alternative nicht erliegen, d. h. weder durch Administration institutionalisiert noch durch Proteste zur Sensation werden. Empfehlungen von Wissenschafts- und Bildungsräten, staatliche Hochschulgesetze, Neuordnungen der Hochschulverwaltung sind zwar erforderlich, müßten jedoch ohne die Realisierung durch jeweils einzelne Studenten, Assistenten und Professoren unfruchtbar bleiben. Kritik, Demonstration und Provokation gegen Empfehlungen, Gesetze und Neuordnungen mögen zwar notwendig sein, würden jedoch das Angegriffene nur bestätigen, wenn sie nicht zu einer Wandlung der Mentalität führen. Mitwirkung an der Hochschule heißt deshalb Mitwirkung an einer neuen Wissenschaft, nicht an der Verwaltung des Wissenschaftsbetriebes. Und Mitwirkung an der Wissenschaft heißt, diese aus der jetzigen Reduktion auf geistige Weise zu befreien, was vermutlich nur durch die Selbstkritik aller Beteiligten gelingen kann.

IV.

Nachbemerkung:

Es ist möglich, daß die angedeuteten Chancen einer zulänglichen Hochschulreform nicht ausreichen, der Hochschule ihre eigentliche Bedeutung wiederzugeben. Es ist möglich, daß sie immer weniger kritische und verantwortliche Menschen ausbildet und immer mehr angepaßte Funktionäre bzw. nichtangepaßte Revolutionäre entläßt. Es ist auch möglich, daß das Dilemma der Hochschulreform, das der Ausdruck eines anthropologischen Dilemmas ist, überhaupt nicht an der Hochschule selbst gelöst werden kann. Es ist möglich, daß der moderne Mensch die absurden Konsequenzen seiner Machenschaften weiterhin nicht sieht und nach wie vor die durch eigene Versäumnisse bewirkten Mißstände mit Hilfe von bloßen Maßnahmen abschaffen will.

Aber es ist sicher, daß keine Veränderung zum Besseren je möglich sein wird, wenn man sich der hier dargelegten Einsicht mit dem Argument verschließt, man wolle die Verhältnisse nicht erkennen, sondern verändern.

Literatur

¹ Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Voltaire Flug-

schrift 12, herausgegeben von B. Vesper (ohne Ort und Jahr). Zit. „Widerstand“, S. 55.

² ebd. S. 17.

³ Bernard Larsson: Demonstrationen. Ein Berliner Modell. Voltaire Flugschrift 10, herausgegeben von B. Vesper, ohne Ort und Jahr (Zit. „Demonstrationen“), S. 155.

⁴ Zitat nach Mager/Spinnarke: Was wollen die Studenten? Frankfurt a. M. 1967, S. 78.

⁵ Vgl. Helmut Kuhn: Studentenrevolten diesseits und jenseits des Ozean im „Merkur“, Nr. 236, Köln-Berlin 1967, S. 1010.

⁶ „Widerstand“, S. 19.

⁷ Vgl. Kurt Sontheimer: Studenten auf Kollisionskurs im „Merkur“, Nr. 223, Köln-Berlin 1967, S. 709.

⁸ Vgl. Ludwig Raisers Ausführungen auf der Berliner Diskussion „Student und Politik im geteilten Deutschland“, herausgegeben vom Kuratorium Unteilbares Deutschland, Bad Godesberg o. J., S. 136 f.

⁹ „Widerstand“, S. 79 ff.

¹⁰ „Demonstrationen“, S. 162 f.

¹¹ „Widerstand“, S. 101.

¹² Vgl. die Äußerungen von Wolfgang Nitsch in „Student und Politik“, S. 37.

¹³ „Widerstand“, S. 46 ff.

DIE ERFINDUNG DES GELDES*

von Johannes Lohmann (Freiburg)

Ich beginne meine Ausführungen mit der Darstellung der elementaren Fakta in der Geschichte des Geldwesens, wie ich sie sehe, und in einem zweiten Teile werde ich dann versuchen, meine Deutung, d. h. eine deutende und zugleich wertende Interpretation dieser Fakta zu geben.

Das soziale Faktum des Geldes im vollen Sinne – sonstige Phänomene dieser Art nenne ich Quasi-Geld – ist eine griechische Erfindung, und zwar konnte diese Erfindung nur im Griechenland der klassischen Zeit gemacht werden, und sie mußte dort gemacht werden, denn das griechische Denken überhaupt und im ganzen wird beherrscht von der Idee des „Maßes“. Man kann dieses etwa bei Plato und Aristoteles auf Schritt und Tritt erkennen. So entwickelt Plato im Dialog „Philebos“ von dieser Idee des „Maßes“ her seine ganze Philosophie, und für Aristoteles verweise ich als Beispiel auf die literarisch vollendetste seiner Lehrschriften, die sog. „Nikomachische Ethik“, in der die Ethik als eine „Metrologie“, Lehre des rechten Maßes, dargestellt wird.

Nur eine unter den vielen Anwendungen dieser griechischen Idee des Maßes, aber vielleicht die geschichtlich gesehen wichtigste, ist die seit dem 7. Jahrh. v. Chr. in Griechenland aufkommende Institution eines staatlich garantierten Münzfußes, in der Form des gemünzten Geldes. Dieses Münz-

geld bezeichnet schon archäologisch, in der Gestalt der zahllosen antiken Münzfunde, den Einflußbereich der antiken, griechisch-römischen Zivilisation bis in seine letzten Verzweigungen hinein so klar und deutlich wie kein anderes Phänomen, und dieselbe Einzigartigkeit zeigt diese Erscheinung des ersten echten Geldes dann ferner auch in der Vergleichung mit anderen, gleichzeitigen oder auch früheren alten Hochkulturen.

Überall sonst sind Silber oder Gold zwar bevorzugte Waren, aber doch Waren, die als solche gewogen werden. Seit den Griechen aber unterscheidet sich radikal die uniforme Welt des „Geldes“ von der vielgestaltigen Welt der „Waren“, die es auf eine eigentümliche Weise zunächst gewissermaßen von Außen her nivelliert, um sodann, als „Geldmarkt“, selbst zu einer Ware zweiten Grades zu werden, deren besonderer Charakter und geschichtliche Rolle uns im folgenden zu beschäftigen haben wird.

Daß die Griechen selbst den einzigartigen Charakter dieser ihrer Erfindung des Geldes empfunden, und daß sie somit diese Erfindung bis zu einem gewissen Grade bewußt gemacht haben, zeigt schon die griechische Bezeichnung des gemünzten Geldes als *nómisma* (davon abgeleitet: „Numismatik“, Münzkunde – *numisma* ist eine lateinische Aussprache von *nómisma*). In gewissen Gegenden, im Westen der griechischen Welt, sagte man dafür auch einfach *nómos*, was ins Lateinische als *nummus* „Münze“ entlehnt wurde.

Nómos ist zunächst das „Gesetz“. *Nómos* „Gesetz“ und *nómisma* „Geld“ bilden zusammen die beiden Grundlagen der antiken Gesellschaftsordnung der *pólis*, des Stadtstaates. Beide bedeuten, wie unser Wort „Geld“, etwas, was „gilt“. Das Geld speziell ist zugleich der materielle Träger dieser seiner Geltung, genauso, wie das Wort in der Sprache, als dessen materielles Substrat, den „Begriff“ bedeutet, unter den ich den Gegenstand, von dem ich rede, in der Rede „subsummiere“. Dieser Vergleich ist ganz wörtlich gemeint!

Das große politische Schlagwort der altgriechischen *pólis*-Welt, die diese Institution des Geldes hervorgebracht hat, war der Begriff der *autonomía*, der „Selbstbestimmung“. Es ist dieses, im Gegensatz zu der modernen Idee der Demokratie, als des Prinzips der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, eine Demokratie von unten herauf, ähnlich den schweizerischen Urkantonen, nämlich als die konkreten Gemeinschaften von ihr Schicksal selbst bestimmenden „Bürgern“ – wie sie, etwa vom 8. Jahrh. v. Chr. ab, von den *métropóleis*, den Mutterstädten aus, als *apoikíai*, Tochterstädte, den Küstensaum des Mittelmeeres besetzten, um diesen ganzen Bereich für ein Jahrtausend mit ihrer Kultur zu erfüllen, die dann mit den Römern weit über den Bereich der griechischen Sprache hinausgriff.

Zu dieser Kultur der antiken „Polis-Gesellschaft“ gehörte also wesentlich das Faktum einer auf der Idee des gemünzten Geldes beruhenden autonomen